



Beate Müller-Gemmeke MdB

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 73041
Fax 030 227 – 76041

E-Mail: beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Pressemitteilung

10.12.2010

Pflege-Mindestlohn: Erfolgreiche Umsetzung unbedingt notwendig – Kontrollen verbessern

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu den „Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche und der Kontrolle des Pflege-Mindestlohns“ (BT-Drs. 17/3590) erklären Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte und Elisabeth Scharfenberg, Sprecherin für Pflegepolitik:

Es ist kein Wunder, dass im Pflegebereich Arbeitskräfte fehlen. Für viele in der Pflege Tätige sind die Löhne schlicht zu niedrig. So verdienten im Jahr 2006 13.000 Beschäftigte im Osten und 60.000 im Westen weniger als die 2010 als Pflege-Mindestlohn vereinbarten 7,50 Euro (Ost) bzw. 8,50 Euro (West). Das sind immerhin fast 15 Prozent aller Beschäftigten in diesem Bereich und damit alles andere als Einzelfälle.

Das zeigt einmal mehr, wie notwendig die Einführung des Pflege-Mindestlohns war. Der Mindestlohn wird die Pflegeberufe zwar nicht per se attraktiver machen. Durch ihn kann aber der Lohndruck nach unten gestoppt werden. Damit trägt er wesentlich dazu bei, einen weiteren Verfall der Attraktivität der Pflegebranche aufzuhalten. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass der Pflege-Mindestlohn erfolgreich umgesetzt wird und die Kontrollen ausgeweitet werden. Dazu sind eine Aufstockung des Personals der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und die Einbeziehung der Sozialversicherungsdaten notwendig. Laut dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurden in 2009 in der Pflegebranche 425 Ordnungswidrigkeitsverfahren und 575 Strafverfahren eingeleitet. Diese Zahl dürfte deutlich überschritten werden, wenn die Finanzkontrolle Schwarzarbeit die Kontrollen intensiviert.

Zudem müssen die Statistiken der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sowie der Gerichte in den Bundesländern verbessert werden. Nur so wird eine Evaluation der Kontrollen und Gerichtsverfahren überhaupt möglich

Laut Bundesregierung verdienten 50 Prozent der Beschäftigten in der Pflege im Oktober 2006 weniger als 12,50 Euro Brutto pro Stunde. Neuere Daten liegen noch nicht vor. Auch das zeigt, dass Beschäftigungsverhältnisse in der Pflege weniger attraktiv sind als in anderen Branchen. Wir stecken bereits in einem massiven Personalmangel in der Pflege. Dieser wird sich in den kommenden Jahren extrem verschärfen, wenn nichts dagegen unternommen wird. Die Gehälter sind dabei sicherlich nur ein Baustein unter vielen. Doch werden sich alle Akteure – auch die Arbeitgeber – sehr gut überlegen müssen, ob sie mit solchen Lohnstrukturen genügend qualifizierte und motivierte Menschen für diesen Bereich gewinnen und dort binden können.